

Prater-Wurstelei

Affäre. Die Pleite um die Neugestaltung des Riesenradplatzes im Prater ist um eine Facette reicher: Aus Österreich flossen Honorare an eine dubiose Firma in einer US-Steueroase.

Von Gernot Bauer

Delaware hat beides – Geld und Geschichte. In der Hauptstadt Dover wurde am 7. Dezember 1787, als erstem der 13 Gründerstaaten, die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ratifiziert. Seit damals nennen die Delawaren ihren Staat stolz „the First State“. Auch wirtschaftlich ist Delaware Spitze. Der kleine Bundesstaat an der Ostküste gehört zu den reichsten Gebieten der USA. Der Grund: das liberalste Steuerrecht der Vereinigten Staaten. Über eine halbe Million Briefkastenfirmen sind registriert. Delaware ist das Liechtenstein der USA.

Wien hat zumindest Geschichte. Der Wurstelprater zum Beispiel ist einer der ältesten Vergnügungsparks der Welt. Im Frühjahr fiel ein Schatten auf das lustige Treiben. Der Umbau des Prater-Eingangs am Platz vor dem Riesenrad endete nicht nur in einem architektonischen Kitsch-Fiasko, sondern auch in einer 20-Millionen-Euro-Pleite. Kontrollamt und Staatsanwaltschaft ermitteln. Die zuständige Vizebürgermeisterin, Grete Laska, SPÖ, wies jede Verantwortung von sich.

Laut profil-Recherchen könnte sich die Prater-Insolvenz zum Skandal auswachsen. Wie aus Akten der Ermittler und der Finanz hervorgeht, flossen Gelder von Österreich an eine dubiose Firma in der Steueroase Delaware.

Die Vorgeschichte: Im Juni meldete die Explore 5D GmbH mit Sitz in Wien Insolvenz an. Die Firma war als Generalunternehmer für die Errichtung des neuen Prater-Entrees am Riesen-

**Prater-Eingang
Architektonisches
Kitsch-Fiasko
und 20-Millionen-
Euro-Pleite**



APA / GEORG HOCHMUTH

radplatz ausgewählt worden. Auf eine öffentliche Ausschreibung des 32-Millionen-Euro-Projekts hatte das Rathaus verzichtet, da wegen der Fußball-EM die Zeit drängte. Rechtlich möglich wurde dies durch eine gefinkelte Konstruktion. Statt der gemeindeeigenen Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft trat über eine Leasingkonstruktion die Immoconsult, eine Tochter der Investkredit Bank, als privater Auftraggeber der Explore 5D auf. Diese heuerte rund 40 Subunternehmer an. Die eigentlichen Bauarbeiten begannen zum Jahreswechsel 2007/2008. Doch schon im Mai bekamen die Subunternehmer kein Geld mehr. Ein Baustopp war die Folge. Am 27. Mai kündigten die Auftraggeber den Vertrag mit der Explore 5D. Das Unternehmen schlitterte in die Insolvenz. Die Forderungen der Gläubiger betragen 20 Millionen Euro. Mitverantwortlich für die Kostensteigerungen waren Änderungswünsche der Stadt Wien. Über

finanzielle Probleme wusste man im Rathaus früh Bescheid. Warum die Explore 5D bei ansich branchenüblichen Baukostenüberschreitungen derart schnell in die Insolvenz kippen konnte, ist noch ungeklärt (siehe profil 27/08).

Berater-Gagen. Noch dubioser sind die Kontakte in die USA – und wie es dazu kam. Die Explore 5D hatte ihre Subunternehmer angewiesen, aufgrund der Komplexität des Prater-Umbaus – kostenpflichtige – Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Bei einem branchenspezifischen Consulting-Satz von bis zu fünf Prozent der Auftragssumme (32 Millionen Euro) könnten die generierten Beratungsgebühren geschätzt 1,6 Millionen Euro ausmachen.

Die Bezahlung erfolgte nicht immer direkt an die Berater vor Ort, sondern über die USA. Laut profil-Recherchen überwiesen Subunternehmer die Honorare für die ihnen aufgenötigten Beratungsleistungen über ein österreichisches Konto an eine Emerging Business Consulting LLC. Das Haupt-

quartier der EBC liegt in Palatine im US-Staat Illinois. Registriert ist das Unternehmen freilich in Delaware. Eine Homepage gibt es nicht. Bemerkenswert: Auf der Liste der 120 Gläubiger der Explore 5D scheint das US-Unternehmen nicht auf.

Laut Stephan Dorfmeister, einem der Geschäftsführer der Explore 5D bis Ende Mai, sei die EBC eine von rund 15 am Prater-Projekt beteiligten US-Firmen gewesen: „Hier geht es um Minibeträge. Die EBC erbrachte Leistungen und wurde dafür bezahlt.“ Fest steht, dass es bei der Neugestaltung des Riesenradplatzes zu einer wahren Berater-Schwemme kam. Rund zwei Dutzend externe Konsulenten wurden von der Explore 5D engagiert – neben den 40 ausführenden Subunternehmern. Diese stimmten Ende August nach zähen Verhandlungen einer Ausgleichsquote von 40 Prozent zu. Um diesen Ausgleich zu ermöglichen, schoss die Gemeinde Wien freiwillig weitere 7,9 Millionen Euro nach. Grüne und ÖVP fordern den Rücktritt von Vizebürgermeisterin Grete Laska.

**Grete Laska
Schwarz-grüne
Aufforderungen
zum Rücktritt**



TOPPRESS AUSTRIA